

Page Denied

25 YEAR RE-REVIEW

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

25X1

Staatliche Plankommission

Ordnung der Planung zum Volkswirtschaftsplan 1956

Teil Forschung und Technik

Planung der Forschung und Technik

Bei der Vorbereitung und Aufstellung des Planes Forschung und Technik sind die „Verordnung über die Registrierung der naturwissenschaftlich-technischen Forschungs- und Entwicklungsstellen“ vom 15. Februar 1951 (Gesetzblatt Nr. 22/51) sowie die „Verordnung zur Vorbereitung von Investitionsvorhaben“ und die „Verordnung zur Durchführung des Investitionsplanes und des Generalreparaturplanes sowie der Lizenzen“ vom 20. Januar 1955 (Gesetzblatt Nr. 10/55) zu beachten.

Anweisungen und Richtlinien, die zusätzlich zur Ordnung der Planung 1956 für Forschung und Technik zu geben sind, gibt der Leiter des Zentralamtes für Forschung und Technik

I. Inhalt des Planes Forschung und Technik

1. Der Plan Forschung und Technik umfaßt — unabhängig von der Finanzierungsquelle —:

a) Studientwürfe.

Sie dienen der Vorbereitung wichtiger Themenvorschläge zum Plan Forschung und Technik. Ihrer Anfertigung sind die Richtlinien des Zentralamtes für Forschung und Technik zugrunde zu legen.

b) Forschungsarbeiten auf den Gebieten der Naturwissenschaften, der Mathematik der Agrarwissenschaften (ohne Agrarökonomie), der Medizin und der technischen Wissenschaften.

Sie dienen der Erweiterung der Erkenntnisse auf diesen Gebieten und der Untersuchung der praktischen Anwendungsmöglichkeiten der gewonnenen Ergebnisse.

c) Arbeiten zur Entwicklung von Konstruktionen

Im Rahmen dieser Arbeiten sind auf der Grundlage bekannter oder durch Forschungsarbeiten neu erarbeiteter Konstruktionsprinzipien und

technologischer Verfahren Funktionsmuster neuer oder verbesserter Maschinen, Geräte und Apparaturen zu konstruieren, zu bauen und zu erproben.

d) Arbeiten zur Überleitung von Konstruktionen in die Fertigung.

Im Rahmen dieser Arbeiten sind auf der Grundlage der Ergebnisse von konstruktiven Entwicklungsarbeiten oder wissenschaftlich-technischer Dokumentationen Unterlagen für die Fertigung durch Konstruktion, Bau und Erprobung von Fertigungsmustern bzw. Nullserien zu schaffen.

e) Arbeiten zur Entwicklung von Verfahren.

Im Rahmen dieser Arbeiten sind auf der Grundlage bekannter oder durch Forschungsarbeiten gefundener Prinzipien neue oder verbesserte technologische Verfahren zur Erzeugung oder zur Ver- und Bearbeitung bekannter oder neuer Stoffe bis zum kleintechnischen Versuch zu entwickeln und zu erproben.

f) Arbeiten zur Überleitung von Verfahren in die Produktion bzw. von agrarwissenschaftlichen Forschungsergebnissen in die Praxis.

Im Rahmen der Arbeiten zur Überleitung von Verfahren in die Produktion sind auf der Grundlage der Ergebnisse verfahrenstechnischer Entwicklungsarbeiten oder wissenschaftlich-technischer Dokumentationen die technologischen Unterlagen für die Projektierung von industriellen Produktionsanlagen durch Bau und Betrieb großtechnischer Versuchsanlagen zu schaffen.

Im Rahmen der Arbeiten zur Überleitung von agrarwissenschaftlichen Forschungsergebnissen in die Praxis sind Unterlagen für die Einführung in die Praxis durch land-/forstwirtschaftliche Großversuche zu schaffen.

2. Arbeiten, die der Verbesserung der laufenden Produktion dienen, aber den unter 1. a-f getroffenen Festlegungen nicht entsprechen, sind nicht in den Plan Forschung und Technik aufzunehmen (z. B. Anpassung von Konstruktionen oder Verfahren an Verschiedenheiten des angebotenen Materials, Anpassung von Konstruktionen an Kundenwünsche, Auswertung kleiner Verbesserungsvorschläge).
3. Die im Plan Forschung und Technik enthaltenen volkswirtschaftlich bzw. wissenschaftlich bedeutendsten Arbeiten werden in der „Zusammenstellung der wichtigsten Arbeiten des Planes Forschung und Technik“ (D-Themen) zusammengefaßt und mit dem Volkswirtschaftsplan im einzelnen bestätigt.

II. Verbindung zu anderen Plänen

Bei der Aufstellung des Planes Forschung und Technik ist seine enge Verbindung zu den

- a) Produktionsplänen (einschließlich Plan der Aufnahme neuer Arten industrieller Produktion),
- b) Investitionsplänen,
- c) Materialplänen,
- d) Arbeitskräfteplänen,
- e) Finanzplänen,
- f) Standardisierungsplänen,
- g) Plänen der technisch-wirtschaftlichen Kennziffern

der Ministerien, Staatssekretariate m. e. G., Zentralen Staatsorgane, des Magistrats von Groß-Berlin, der Akademien und der Betriebe zu be-
achten.

Außerdem ist eine Abstimmung mit der „Themenliste der Technisch-Wissenschaftlichen Zusammenarbeit“ erforderlich.

III. Aufstellung der Pläne

A. Forschungs- und Entwicklungsstellen

1. Themenvorschläge zum Plan Forschung und Technik reichen folgende naturwissenschaftlich-technischen Forschungs- und Entwicklungsstellen ein:

Institute der Akademien, Universitäten und Hochschulen,

Institute, die Ministerien, Staatssekretariaten, Zentralen Staatsorganen bzw. dem Magistrat von Groß-Berlin unterstellt sind,

Forschungs- und Entwicklungsstellen der vorkapitalistischen Wirtschaft,

sowie zentral geleitete staatliche Institutionen, in denen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchgeführt werden.

2. Örtliche Forschungs- und Entwicklungsstellen.

Soweit naturwissenschaftlich-technische Forschungs- und Entwicklungsstellen oder Betriebe der örtlichen Industrie und sonstige zum Zuständigkeitsbereich des Rates eines Bezirkes gehörigen Institutionen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchführen wollen, haben sie ihre Themenvorschläge einer fachlich zuständigen, zentral geleiteten Forschungs- und Entwicklungsstelle zur Aufnahme in deren Planentwurf zu übergeben.

3. Ausarbeitung und örtliche Koordinierung der Themenvorschläge.

Die Forschungs- und Entwicklungsstellen erhalten von ihren Ministerien, Staatssekretariaten, Zen-

tralen Staatsorganen, Universitäten, Akademien, Hochschulen, Instituten, Betrieben, die in der Technik tätig sind, Themenvorschläge zur Aufnahme in den Plan Forschung und Technik. Die Themenvorschläge sind für hochtechnische, wissenschaftlich-technische und für mitteltechnische Forschungs- und Entwicklungsstellen an Form und Inhalt zu beantragen. Die Themenvorschläge sind ein Thema für das Planungsjahr und den Themenbetrag den Betrag von 200 FDM, sowie den Anforderung ein Kostenvoranschlag einzureichen.

Die Thematik ist unter Berücksichtigung der im Gesetzten gestellten Aufgaben, Verordnungen, Beschlüssen der Regierung sowie der Anweisung der zuständigen Ministerien Akademien unter Abstimmung mit den Produktionsbetrieben und Verbrauchern aufzustellen.

Die Themenvorschläge sind den zuständigen Fachgremien (Zentralen Arbeitskreisen für Forschung und Technik, Sektionen der wissenschaftlichen Akademien usw.) zur fachlichen und volkswirtschaftlichen Begutachtung vorzulegen.

4. Koordinierung der Themenvorschläge mit anderen Plänen.

Die Themenvorschläge der Forschungs- und Entwicklungsstellen sind von diesen rechtzeitig mit folgenden Plänen zu koordinieren:

- a) mit den Produktionsplänen.

Themenvorschläge, zu deren Durchführung der Bau von Funktionsmustern, Fertigungsmustern, Nullserien, kleintechnischen oder großtechnischen Versuchsanlagen durch Produktionsbetriebe notwendig ist, haben die Forschungs- und Entwicklungsstellen mit den diese Arbeiten durchführenden Produktionsbetrieben zu koordinieren. Die bei der Koordinierung getroffenen Vereinbarungen sind schriftlich festzulegen und bilden die Grundlage für die zwischen den Forschungs- und Entwicklungsstellen und diesen Betrieben abzuschließenden Verträge. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so hat die Forschungs- und Entwicklungsstelle davon ihrem zuständigen Ministerium Mitteilung zu machen.

Ohne diese Koordinierung dürfen solche Themenvorschläge nicht eingereicht werden.

Der Abschluß von Arbeiten zur Überleitung von Konstruktionen und Verfahren in die Produktion ist von den Forschungs- und Entwicklungsstellen den für die Produktionsaufnahme vorgesehenen Betrieben und den für diese zuständigen Hauptverwaltungen rechtzeitig mitzuteilen.

- b) mit den Investitionsplänen.

Themenvorschläge, zu deren Durchführung der Ausbau der Forschungs- und Entwicklungsstellen durch Investitionsvorhaben notwendig ist, dürfen nur eingereicht werden, wenn das Investitionsvorhaben im Rahmen des erteilten Kontrollziffern gleichzeitig im Investitionsplanvorschlag enthalten ist.

Mittel für Objekte, die in Investitionsplanvorschlägen beantragt werden, dürfen nicht gleichzeitig für Grundmittel bzw. Neubeschaffungen im Rahmen des Planes Forschung und Technik beantragt werden.

Siehe auch Ordnung der Planung zum Volkswirtschaftsplan — Teil Planung der Investitionen —

Akademien/Magistrat von Groß-Berlin

7. Koordinierung

- a) Die Ministerien/Akademien prüfen die Themenvorschläge der Forschungs- und Entwicklungsstellen, korrigieren sie gegebenenfalls und wählen aus ihnen diejenigen aus, die in die Planentwürfe aufzunehmen sind.
- b) Die Ministerien/Akademien haben die von ihnen für ihre Planentwürfe ausgewählten Themenvorschläge mit den Entwürfen zum Produktionsplan, Investitionsplan, Materialversorgungsplan, Arbeitskräfteplan, Haushaltsplan, Plan der Standardisierung und zur Themenliste der Technisch-Wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu koordinieren.
- c) Der Entwurf zum Plan der Aufnahme neuer Arten industrieller Produktion ist daraufhin zu überprüfen, ob in ihm die im Jahre 1955 abgeschlossenen oder im Laufe des Jahres 1956 abzuschließenden Arbeiten des Planes Forschung und Technik (insbesondere Arbeiten zur Überleitung von Konstruktionen in die Fertigung bzw. von Verfahren in die Produktion) berücksichtigt sind.

8. Zusammenstellung und Einreichung der Planentwürfe

- a) Die Ministerien/Akademien stellen aus den von ihnen gebilligten Themenvorschlägen (Formblatt 1552 bzw. 1552a) ihren Entwurf zum Plan Forschung und Technik — geordnet entsprechend der Organisatorischen Nomenklatur 1956 — nach Hauptverwaltungen und Forschungs- und Entwicklungsstellen und innerhalb der Forschungs- und Entwicklungsstellen, abteilungsweise bzw. fachlich geordnet, zusammen.

Themen von hervorragender volkswirtschaftlicher Bedeutung sind auf Formblatt 1552 bzw. 1552a, Spalte 2.1, durch ein rotes D zu kennzeichnen.

- b) Jeder Ausfertigung des Planentwurfes ist für jede Hauptverwaltung und für den Gesamtbereich des Ministeriums der Akademie eine Zusammenfassung der Themenvorschläge nach Anzahl, Termin und Themenbeträgen (Formblatt 1560) voranzustellen.
- c) Die Ministerien/Akademien arbeiten eine ihren Planentwürfen beizufügende Begründung und Analyse aus.
- d) Die Minister/Staatssekretäre m. e. G. die Leiter der Zentralen Staatsorgane und die Präsidenten der Akademien unterschreiben die Planentwürfe ihrer Institutionen nur auf der ihren gesamten Zuständigkeitsbereich betreffenden Zusammenfassung (Formblatt 1560).

Die Hauptverwaltungsleiter unterschreiben die Zusammenfassung, Begründung und Analyse für ihre Hauptverwaltung.

Die Leiter der Zentralen Hauptabteilungen (bzw. Abteilungen) Forschung und Technik und der Abteilungen Planung unterschreiben alle Zusammenfassungen sowie die Begründungen und die Analysen.

- e) Drei Exemplare der Planentwürfe nebst Begründungen und Analysen sind von den Ministerien/Akademien der Staatlichen Plankommission, Zentralamt für Forschung und Technik, einzureichen. Eines der beim Zentralamt für Forschung und Technik verbleibenden Exemplare

Materialplänen sind entsprechend der Planung — Teil Materialplanung — Durchführung der Arbeiten des Planes über Technik erforderlichen Maßnahmen.

Forschungs- und Entwicklungsstellen sind mit den Betrieben mit denen der Bau von Fertigungsmustern bzw. Fertigungsmustern, von Anlagen, kleintechnischen bzw. großtechnischen Versuchsanlagen vereinbart wurde, so zu einem Materialvoranschlag zu überlegen, daß die Aufnahme in die Materialpläne dieser Betriebe erfolgen kann.

mit den Stellenplänen bzw. den Arbeitskräfteplänen.

mit den Haushaltsplänen der haushaltsgebundenen Forschungs- und Entwicklungsstellen.

Haushaltsgebundene Forschungs- und Entwicklungsstellen einschließlich haushaltsgebundener Institutionen, die zum Zuständigkeitsbereich des Rates eines Bezirkes gehören, planen die zur Durchführung der von ihnen vorgeschlagenen Themen erforderlichen Mittel ausschließlich in ihrem Haushalt. Wissenschaftlich-technische Institutionen, die vorwiegend Lehr- oder Prüfzwecken dienen, planen die zur Durchführung der von ihnen vorgeschlagenen Themen erforderlichen Mittel in dem dafür eingerichteten Kapitel bzw. Sachkonto ihres Haushaltes.

mit dem Plan der Standardisierung.

(Siehe auch Ordnung der Planung zum Volkswirtschaftsplan — Planung der Standardisierung —.)

5. Zusammenstellung und Einreichung der Planentwürfe

- a) Aus den Themenvorschlägen stellen die Forschungs- und Entwicklungsstellen ihre Entwürfe zum Plan Forschung und Technik, abteilungsweise bzw. fachlich geordnet, zusammen. Die Themenvorschläge einer Forschungs- und Entwicklungsstelle sind fortlaufend zu nummerieren.
- b) Die nicht haushaltsgebundenen Forschungs- und Entwicklungsstellen fertigen die „Übersicht zum Plan der Forschungs- und Entwicklungsstelle“ auf Formblatt 1554, die haushaltsgebundenen Forschungs- und Entwicklungsstellen auf Formblatt 1554a an.
- c) Die Forschungs- und Entwicklungsstellen reichen die Entwürfe ihrer Pläne Forschung und Technik den zuständigen Ministerien/Akademien ein. Bei den Universitäten und Hochschulen werden die Planentwürfe der Institute von den Prorektoren zusammengefaßt und dem Staatssekretariat für Hochschulwesen vorgelegt.

8. Unterschriftsleistung

Die auf den Themenvorschlägen (Formblatt 1552 bzw. 1552a) und ihren Anlagen geforderten Unterschriften sind auf dem Original exemplar zu leisten (außerdem Namensangabe in Maschinenschrift).

Auf den Durchschlägen können die Unterschriften durchgeschrieben oder faksimiliert werden.

Die Original exemplare sind für das Zentralamt für Forschung und Technik bestimmt.

der Planentwürfe sowie ein Exemplar der Begründungen und Analysen ist mit den erforderlichen Originalunterschriften (siehe Ziffer 8. d) zu versehen. Auf den übrigen Exemplaren können die Unterschriften durchgeschriebenen, faxmiliert oder der Name in Maschinenschrift angebracht werden.

- f) Die nicht gebilligten Themenvorschläge sind getrennt in gleicher Ordnung in drei Exemplaren einzureichen.
9. Rückgabe der korrigierten Planentwürfe und Anfertigung der Reinschriften.
- Das Zentralamt für Forschung und Technik gibt ein Exemplar des korrigierten Planentwurfes mit Stellungnahme den Ministerien/Akademien zurück.
 - Auf Grund der zurückgegebenen korrigierten Planentwürfe fertigen die Ministerien/Akademien unter Beachtung der Bearbeitungsvermerke des Zentralamtes für Forschung und Technik die Reinschriften ihrer Pläne auf Formblatt 1558 an; die Zusammenstellung der Pläne hat in gleicher Ordnung zu erfolgen wie die der Planentwürfe. Abweichend von der Regelung für die Aufstellung der Planentwürfe ist zum Plan jeder Forschungs- und Entwicklungsstelle eine Zusammenfassung (Formblatt 1580), die bei nicht haushaltsgebundenen Forschungs- und Entwicklungsstellen gleichzeitig zur Bestätigung der Planbeträge für die Grundmittel dient, anzufertigen. Die Zusammenfassung ist dem Plan jeder Forschungs- und Entwicklungsstelle voranzuheften. Die laut korrigiertem Planentwurf um einzelnen genehmigten Grundmittel (Formblatt 1554) sind von den Ministerien den Forschungs- und Entwicklungsstellen formlos mitzuteilen.
 - Die Reinschriften, davon ein Exemplar mit Unterschrift des Ministers Staatssekretärs m. e. G./ des Leiters des Zentralen Staatsorganes und des Präsidenten der Akademie, sind der Staatlichen Plankommission, Zentralamt für Forschung und Technik, einzureichen.
10. Benachrichtigung der Forschungs- und Entwicklungsstellen und Herausgabe der Pläne.
- Unmittelbar nach Erhalt des korrigierten Planentwurfes benachrichtigen die Ministerien/Akademien die Forschungs- und Entwicklungsstellen mündlich oder schriftlich (formlos), welche Arbeiten in den Plan Forschung und Technik aufgenommen wurden.
 - Nach Anfertigung der Reinschriften der Pläne übergeben die Ministerien/Akademien den Forschungs- und Entwicklungsstellen bzw. Universitäten und Hochschulen die für sie bestimmten Teile in zwei Exemplaren. Der für die Forschungs- und Entwicklungsstelle zuständige Werkleiter/Direktor bzw. der für die Universität/Hochschule zuständige Prorektor bestätigt durch Unterschrift auf einem Exemplar den Empfang und gibt dieses Exemplar dem Ministerium/der Akademie zurück.

IV. Finanzierung der Arbeiten des Planes Forschung und Technik

Sie erfolgt für

- nicht haushaltsgebundene Forschungs- und Entwicklungsstellen aus dem Zentralen Fonds für Forschung und Technik (Kapitel 139) bzw. aus sonstigen Finanzierungsquellen (wie Kundenmitteln, Investitionsmitteln)
- für haushaltsgebundene Forschungs- und Entwicklungsstellen aus Haushaltsmitteln dieser Institute. Hierunter fallen auch die haushaltsgebundenen Institutionen (Krankenhäuser usw.), die zum Zuständigkeitsbereich des Rates eines Bezirkes gehören.

Die Kosten für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und die Kosten für Arbeiten zur Überleitung von Konstruktionen bzw. Verfahren in die Produktion sind getrennt zu kalkulieren. Die Kosten für Arbeiten zur Überleitung sind auf Formblatt 1552 bzw. 1552a aus dem Plan gesondert auszuweisen.

Für den Ansatz der Kosten sind die Richtlinien der Staatlichen Plankommission, Zentralamt für Forschung und Technik, verbindlich.

V. Nomenklaturen

- Organisatorische Nomenklatur (wird vom Zentralamt für Forschung und Technik gesondert herausgegeben).
- Nomenklatur der Aufgabengebiete naturwissenschaftlich-technischer Institute.
- Nomenklatur der Arbeitsstufen und zugehörigen Leistungen der Themen des Planes Forschung und Technik.
- Allgemeines Warenverzeichnis.
- Nomenklatur der völkerverständlichen Ziele.

VI. Muster der Formblätter

- Formblatt 1552 = Themenvorschlag der nicht haushaltsgebundenen F/E-Stelle
- Formblatt 1552a = Themenvorschlag der haushaltsgebundenen F/E-Stelle.
- Formblatt 1554 = Übersicht zum Plan der nicht haushaltsgebundenen F/E-Stelle.
- Formblatt 1554a = Übersicht zum Plan der haushaltsgebundenen F/E-Stelle.
- Formblatt 1558 = Planbogen der nicht haushaltsgebundenen und der haushaltsgebundenen F/E-Stelle.
- Formblatt 1560 = Zusammenfassung zum Planentwurf der Ministerien Staatssekretariate Zentralen Staatsorgane Akademien und Zusammenfassung zum Plan der Ministerien Staatssekretariate Zentralen Staatsorgane/Akademien und der F/E-Stellen.

Page Denied

Next 2 Page(s) In Document Denied

Nomenklatur der volkswirtschaftlichen Ziele

- Volkswirtschaftliche Ziele**
- I Steigerung der Arbeitsproduktivität
 - II Mechanisierung und Automatisierung
 - III Materialersparung und Austausch von Engpaßwerkstoffen durch Ersatzmaterial, das in der DDR verfügbar ist
 - IV Erweiterung der Rohstoffbasis und Entwicklung neuer Werkstoffe
 - V Vervollständigung des technischen Standes durch Schaffung neuer Erfindungen, Verbesserung in Produktion befindlicher Maschinen, Geräte und Apparate
 - VI Orientierung des Sortimentes an Verbrauchsgütern
 - VII Qualitätssteigerung und Gütesicherung
 - VIII Standardisierung, Normung und Typung
 - IX Einsparung von Import
 - X Sicherung und Erweiterung des Exportes
 - XI Hebung der Volksgesundheit
 - XII Sicherung und Steigerung der land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Erträge

Nomenklatur der Aufgabengebiete naturwissenschaftlich-technischer Institute

- 1 Arbeiten des Planes Forschung und Technik
 - 1.1 Forschung und Entwicklung
 - 1.2 Überleitung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die Produktion bzw. in die Praxis
- 2 Dienstaufgaben
- 3 Produktion
- 4 Gutachterliche Tätigkeit und Beratung, Prüftätigkeit für dritte Stellen
- 5 Standardisierung und Normung
- 6 Dokumentation (einschließlich Bibliothek), Veröffentlichungen und Übersetzungen
- 7 Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften
- 8 Gesellschaftswissenschaftliche Forschungsaufgaben
- 9 Sonstige Tätigkeit
- 10 Zentrale Leitung der wissenschaftlichen Akademien

Anmerkung:

1) Die Zusammenfassung ist zum Planentwurf und Plan d. Ministerium/Staatssekretariate/Zentralen Staatsorgans/Akademie und Hauptverwaltung sowie zum Plan jeder Forschungs- und Entwicklungsstelle anzufertigen.

2) Unterschriften:

a) Planentwurf

Zusammenfassung für d. Ministerium/Staatssekretariat/
Zentrale Staatsorgane/Akademie

Zusammenfassung für die Hauptverwaltung

b) Reinschrift des Planes

Zusammenfassung für d. Ministerium/Staatssekretariat/
Zentrale Staatsorgane/Akademie

Zusammenfassung für die F/E-Stelle

Minister/Staatssekretär/Präsident;
Leiter der Zentralen Abteilung Planung
sowie der Zentralen Hauptabteilung (Abt.)
Forschung und Technik

Leiter der
Hauptverwaltung;
Abt. Planung; } der Haupt-
Abt. Forschung und Technik } verwaltung

Minister/Staatssekretär/Präsident

Leiter der Hauptverwaltung

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau

1955	Berlin, den 14. Juni	Nr. 3
------	----------------------	-------

INHALT

I. Materialwirtschaft	Seite	III. Forschung, Entwicklung und Konstruktion	Seite
1. Verarbeitung von nickellegierten Baustählen	18	6. Abschluß von Vergütungsverträgen für benötigte Patente	18
 		IV. Arbeit	
2. Besuch und Delegierung zu Tagungen, Konferenzen, Messen und Ausstellungen in Westdeutschland und im Ausland sowie ihre Beschickung mit Waren	16	7. Anweisung zur Durchführung des Beschlusses über den Einsatz von Absolventen der Hoch- und Fachschulen in der volkswirtschaftlichen Wirtschaft vom 20. November 1954 (GBl. II, 981)	18
3. Herstellung von Werbeplänen	17	V. Sonstiges	
4. Marktinformationen für die Betriebe des Maschinenbaues	17	8. Broschüre „Dokumente des Maschinenbaus“	20
5. Leipziger Messen 1954	18	9. Mitteilung der Hauptverwaltung Eisen-, Blech- und Metallwaren	20
		10. Druckfehlerberichtigung	20

I. Materialwirtschaft

1. Verarbeitung von nickellegierten Baustählen
Die Handelsorgane für metallurgische Erzeugnisse in der Deutschen Demokratischen Republik haben festgestellt, daß in letzter Zeit in großem Umfange nickellegierte Baustähle bestellt werden. Die Versorgungslage in Nickel und die überhöhten Forderungen in nickellegierten Baustählen gegenüber den vergangenen Jahren macht es erforderlich, darauf hinzuweisen, daß in Zukunft an Stelle von nickellegierten Baustählen mehr Chrom-Mangan-Stähle verarbeitet werden müssen.

Technische Mit zu werden, welche Ausweichmöglichkeit von einem an Stelle von nickellegierten Baustählen zu Chrom-Mangan-Stählen gegeben sind:

Hier ist zu beachten, daß die Preise für Chrom-Mangan-Stähle 20—30% niedriger liegen als die für nickellegierte Baustähle. Durch den Einsatz von Chrom-Mangan-Stählen kann darüber hinaus der Forderung des 21. Plenums der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf Senkung der Selbstkosten und Erhöhung der Rentabilität weitgehendste Folge geleistet werden. Es ist in Zukunft darauf zu achten, daß an Stelle von nickellegierten Baustählen die oben genannten Chrom-Mangan-Stähle bestellt werden, und darüber hinaus sind sie bei der DWF M Poldihütte und dem Edelstahlwerk Döhren vorliegenden Bestellungen schnellstens zu ändern.

Stahl S 235	= 16 Mn Cr 3
Stahl S 355	= 16 Mn Cr 5
Stahl S 455	= 25 Si Mn 3

II. Export und Absatz

2. Besuch und Delegation zu Tagungen, Konferenzen, Messen und Ausstellungen in Westdeutschland und im Ausland sowie ihre Beschiekung mit Waren.

Die ständige Erweiterung des Außenhandels der Deutschen Demokratischen Republik und der verstärkt zur Durchführung gelangende Austausch von wissenschaftlich-technischen Erfahrungen macht es erforderlich, für die Teilnahme an Auslandsreisen, Tagungen und Konferenzen eine bessere Grundlage zu schaffen.

Es ist festzustellen, daß nicht genügend qualifizierte Kräfte aus den Betrieben zur Unterstützung der Außenhandelsorgane für die Teilnahme an Messen und Ausstellungen in Westdeutschland und im Ausland zur Verfügung stehen. Sehr oft werden Kader entsandt, die für die gestellten Aufgaben nicht über die notwendigen Voraussetzungen verfügen. Besonders bei kurzfristigen Delegationen tritt dieser ernste Mangel auf. In Ergänzung der Anordnung vom 28. Juni 1954 (Verfügungen und Mitteilungen des Maschinenbaues Nr. 18, Seite 167) über den Besuch ausländischer Messen und Ausstellungen wird daher angewiesen:

I. Bildung einer Kaderreserve:

1. Von den Betrieben, die Exportgüter produzieren, sind der Kaderabteilung ihrer Hauptverwaltung bis zum 30. Juni 1955 Mitarbeiter zu benennen, die über ausreichende technische und handelspolitische Kenntnisse verfügen, damit sie auf Messen und Ausstellungen zur Unterstützung der VEH-DIA eingesetzt werden können. Für diese Aufgaben sind auch junge Kader, die möglichst über sprach- und ingenieurtechnische Kenntnisse verfügen, heranzuziehen.

2. Die Leiter der Hauptverwaltungen werden verpflichtet, dafür zu sorgen, daß für jede Fachgruppe (z. B. Foto-Kino-Optik) mindestens zehn Kader in der zu bildenden Kaderreserve erfaßt werden, die den kaderpolitischen Anforderungen entsprechen.

3. Ferner haben die Betriebe der Kaderabteilung ihrer Hauptverwaltungen bis zum 30. Juni 1955 Vorschläge über qualifizierte Kader einzureichen, die für eine Teilnahme an Messen und Ausstellungen in Frage kommen (Studium, Informationen über die Marktlage, Absatzfragen usw.). Zu benennen sind solche Mitarbeiter, die auf die Entwicklung der Erzeugnisse in bezug auf Qualität und Sortiment entscheidenden Einfluß nehmen. Hierzu können auch Mitglieder der bestehenden Fachunterkommissionen für Marktanalyse und Absatz in Vorschlag gebracht werden.

Die Festlegung dieser Kaderreserve hat bis zum 15. Juli 1955 in den Hauptverwaltungen zu erfolgen. Verantwortlich: Leiter der Hauptverwaltungen.

II. Genehmigung zum Besuch oder Delegation zu Messen und Ausstellungen.

1. Der Besuch oder die Delegation zu Messen und Ausstellungen in Westdeutschland und im Ausland bedarf in jedem Falle der Zustimmung des fachlich zuständigen Stellvertretenden Ministers. Vor-

schläge für eine Teilnahme an Messen und Ausstellungen in den Betrieben den Fachunterkommissionen und den Außenhandelsorganen gemacht werden.

- In Zukunft ist für eine Teilnahme in erster Linie auf den in der Kaderreserve erfaßten Personenkreis zurückzugreifen. Ausgenommen hiervon sind Ausreisen zur Beseitigung oder Klärung von Reklamationen bei Exportaufträgen (z. B. Monteuren).
- Es ist den Betrieben und Verwaltungen untersagt, direkt Kader dem VEH-DIA oder anderen Handelsorganen zu benennen. Delegationen, die von den Betrieben aus dem vorhandenen Fonds des Devisenbonus finanziert werden bedürfen ebenfalls der Bestätigung. Die Anträge sind an den Leiter der in Frage kommenden Hauptverwaltung einzureichen.

III Organisatorisches

- Das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel legt in Übereinstimmung mit der Kammer für Außenhandel und der HA Export und Absatz fest, welche Messen und Ausstellungen beschiekt werden.
- Unter Zugrundelegung der für eine Ausstellung vorgesehenen Güter legt der Leiter der Hauptverwaltung unter Hinzuziehung des Abschlusses und der Vertreter des VEH-DIA die Anzahl der benötigten Kader fest. Die Vorschläge sind aus der Kaderreserve namhaft zu machen und in einer Aufstellung (jeweils für eine Messe), unterzeichnet vom Leiter der Hauptverwaltung und der Kaderabteilung, dem fachlich zuständigen Stellvertretenden Minister zur Genehmigung vorzulegen. Erst nach Bestätigung dürfen die Kaderunterlagen an das VEH-DIA weitergegeben werden. Ein Durchschlag dieser Aufstellung ist jeweils der HA Export und Absatz zuzustellen.
- Der Besuch oder die Delegation zu Messen und Ausstellungen in Westdeutschland und im Ausland hat nur durch Delegationen zu erfolgen. Die Festlegung des Delegationsleiters und dessen Verabschiedung erfolgt durch den fachlich zuständigen Stellvertretenden Minister. Dieser ist auch verantwortlich für die konkrete Aufgabenstellung an die Mitglieder der Delegation.
- Innerhalb von acht Tagen nach Rückkehr von der Auslandsreise hat jeder Teilnehmer dem Leiter seiner Hauptverwaltung und im Durchschlag der HA Export und Absatz sowie dem betreuten Betrieb einen schriftlichen Reisebericht mit einer eingehenden Analyse zu übergeben. Hierzu ist das von der Kammer für Außenhandel entwickelte Berichts-Schema zu verwenden. Neben einer Beurteilung der zur Ausstellung gelangten Exponate ist als besonderer Schwerpunkt zu behandeln und sind entsprechende Vorschläge zu unterbreiten für:
 - Steigerung des Absatzes
 - Erweiterung des Sortiments
 - Verbesserung der Qualität
 - Veränderung des Produktionsprozesses.

3. Die HA Export und Absatz wird verpflichtet, halbjährlich, erstmalig am 30. September 1955, einen zusammenfassenden Bericht über den Besuch von Ausstellungen und Messen und ihre Auswertung der Leitung des Ministeriums vorzulegen.

IV. Besuch von Fachtagungen und Konferenzen:

1. Der fachlich zuständige Stellvertretende Minister entscheidet in Übereinstimmung mit den Leitern der Hauptverwaltungen, welche ständigen Fachtagungen und sonstigen Tagungen, technischen und wirtschaftlichen Konferenzen, Messen und Ausstellungen mit dem Ziel der Orientierung über den Stand der Technik besucht werden. Er bestimmt Zusammensetzung und Stärke der Delegation. Die Leiter der Hauptverwaltungen haben dementsprechend die Kader namhaft zu machen. Die Bearbeitung dieser Anträge erfolgt durch die Zentrale Reise stelle des Ministeriums.
2. Für die Entsendung sind die im Abschnitt III, 3 und 4. dieser Anordnung festgelegten Gesichtspunkte maßgebend. Die geforderten Berichte sind der Aufgabenstellung entsprechend abzufassen und der delegierenden Stelle sowie dem Leiter der zuständigen Hauptverwaltung zu übergeben.

V. Bestimmung der Waren für Ausstellungen und Messen.

1. Das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel legt in Zusammenarbeit mit dem VEH-DIA und den Hauptverwaltungen fest, welche Erzeugnisse auf den jeweils zu beschickenden Messen und Ausstellungen ausgestellt werden sollen.
2. Die Leiter der Hauptverwaltungen haben zu veranlassen, daß die Abteilung Absatz mit dem VEH-DIA Exponatenlisten zusammenstellen. Hierbei sind die Erfahrungen der bisherigen Besuche von Messen und Ausstellungen und vorliegende Marktinformationen auszuwerten.
3. Es ist den Betrieben untersagt, sich direkt für Ausstellungen und Messen in Westdeutschland und im Ausland anzumelden, auch wenn sie die Beteiligung aus den ihnen zur Verfügung stehenden Fonds (Devisenbonus) finanzieren.
4. Die Betriebe können ihre Wünsche zur Beschickung von Messen und Ausstellungen den Hauptverwaltungen mitteilen.

2. Herstellung von Werbefilmen.

Es sind in den letzten Monaten von einer Anzahl von Betrieben und Körperschaften, die dem Weisungsbereich des Ministeriums unterstehen, Werbefilme zur Herstellung gebracht worden. Eine Überprüfung dieser Maßnahmen hat gezeigt, daß nicht in jedem Fall der erforderliche Aufwand im Verhältnis zu der vorerwarteten Werbewirkung steht. Im Interesse einer wirtschaftlichen und zweckmäßigsten Absatzwerbung ist es erforderlich, daß eine ständige Erweiterung des Exponatenlisten erfolgt. Die Wirtschaftlichen

Die Ausarbeitung für die Anfertigung von Werbefilmen ist gleich welcher Art und wer als

Kostenträger auftritt, ist dem Leiter der zuständigen Hauptverwaltung zur Gegenzeichnung vorzulegen, ferner die gegebenenfalls gesondert zu treffenden Vereinbarungen zur Anfertigung des Drehbuches. Beizufügen sind Voranschlag, Nachweis der Kostendeckung, Gestaltungsentwurf und bei speziell für eine Exportwerbung vorgesehenen Filmen Stellungnahme des VEH-DIA

2. Vor Aufnahme der Dreharbeiten ist das fertiggestellte Manuskript durch die HA Export und Absatz zu bestätigen. Bei Filmen von besonderer handelspolitischer Bedeutung sind diese Unterlagen über die HA Export und Absatz dem Stellvertreter des Ministers vorzulegen.

4. Marktinformationen für die Betriebe des Maschinenbaues.

Es ist notwendig, daß die Betriebe des Maschinenbaues in größerem Umfange dazu übergehen, im Außenhandel mit dem kapitalistischen Ausland Eigengeschäfte abzuschließen. Eine wesentliche Voraussetzung hierzu ist die ständige Beobachtung der Entwicklung des Absatzes und der Preisbewegung in den verschiedensten Wirtschaftsgebieten. Die für diese Zwecke den Betrieben zur Verfügung stehenden Materialien sind in vielen Fällen ungenügend. Besonders trifft dies für spezielle Untersuchungen zur Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten, wie z. B. in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, zu. Zur Veränderung dieses Zustandes wird auf folgendes verwiesen:

1. Auswertung der Arbeiten des Instituts für Marktforschung, Berlin NW 7, Clara-Zetkin-Straße 114, Telefon 22 03 21 410.

Das angeführte Institut verfügt über eine umfassende und sich ständig ergänzende Übersicht über die Marktbewegung in den einzelnen Warengruppen und Ländern. Das gleiche bezieht sich auf Entwicklungsmaßnahmen und Sortimentserweiterungen für Erzeugnisse und Industrieobjekte aller Art. Mit Zustimmung der Absatzabteilungen der Hauptverwaltungen stehen diese Arbeitsmittel den Betrieben und Fachunterkommissionen für Export zur Auswertung bzw. regelmäßigen Inanspruchnahme zur Verfügung. Das Fachreferat Maschinenbau dieses Instituts ist bereit, für die Lösung besonderer Aufgaben auf Anfrage entsprechende Hinweise zu geben.

2. Herausgabe spezieller Lageberichte für den Maschinenbau

Auf Anregung des Ministeriums ist die angeführte Forschungsanstalt ab Juni regelmäßig monatlich Lageberichte heraus. Die Versendung dieses Materials erfolgt über die jeweiligen Hauptverwaltungen und soll in erster Linie den für den Abschluß von Eigengeschäften vorgesehenen Betrieben zur Verfügung gestellt werden. Es ist erforderlich, daß nicht nur eine sorgsame Auswertung dieser Materialien erfolgt, sondern daß aus der eigenen Praxis der Betriebe Vorschläge für eine Gestaltung dieser Materialien unterbreiten. Unter an-

Förderungsvertrag

Zwischen

dem Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau,

vertreten durch den
und dem Absolventen der

Herrn

wird auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 30. November 1954 über den Einsatz von Absolventen der Hoch- und Fachschulen in der volkseigenen Wirtschaft (GBL S. 931) folgender Vertrag geschlossen.

§ 1

Das Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau verpflichtet sich, den Absolventen zur Ableistung der praktischen Vorbereitungszeit gemäß Ziffer I Absatz 1 des Beschlusses vom 30. November 1954 mit Wirkung vom in den VEB

..... einzuführen, damit er dort mit allen Arbeitsvorgängen vertraut gemacht wird, welche er beherrschen muß, um nach Abschluß der Ausbildung eine verantwortliche Funktion in einem Betrieb des gleichen Industriezweiges ausüben zu können.

§ 2

(1) Um einen allgemeinen Überblick über die betriebliche Praxis zu gewinnen, wird der Absolvent Jahre als Betriebsassistent arbeiten. Hierbei wird ihm Gelegenheit gegeben, planmäßig die einzelnen Abteilungen des Betriebes zu durchlaufen.

(2) Nach Beendigung der Tätigkeit als Betriebsassistent wird mit dem Absolventen vereinbart, in welchem Betrieb bzw. in welcher Betriebsabteilung die weitere praktische Ausbildung, unter Berücksichtigung der besonderen Eignung des Absolventen und zur Erlangung praktischer Spezialkenntnisse, erfolgen soll.

§ 3

Der Werkleiter des im § 1 genannten Betriebes ist verpflichtet, für die Weiterbildung des Absolventen auf fachlichem und gesellschaftlichem Gebiet zu sorgen.

Zu diesem Zweck hat der Werkleiter mit dem Absolventen monatlich eine Beratung durchzuführen.

§ 4

(1) Zur unmittelbaren Betreuung des Absolventen im Betrieb ist der Kollege tätig als bestimmt, welcher über eine

langjährige Betriebspraxis verfügt und dem Absolventen die notwendige Anleitung in Fragen seiner fachlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu geben hat

§ 5

(1) Der Absolvent verpflichtet sich, die an ihn gestellten Anforderungen zu erfüllen, bei seiner Tätigkeit vorbildliche Arbeitsdisziplin zu üben und sich ständig zu bemühen, seine fachliche und gesellschaftliche Qualifikation zu verbessern.

(2) Der Absolvent verpflichtet sich ferner, an den Beratungen gemäß Ziffer IV und den Kolsultationen gemäß Ziffer V des Beschlusses vom 30. November 1954 teilzunehmen.

§ 6

(1) Für die Dauer der Ausbildung als Betriebsassistent erhält der Absolvent eine Vergütung der Gruppe I (Anfangsgehalt).

(2) Im weiteren Verlauf der Vorbereitungszeit hat der Absolvent Anspruch auf eine seinen Leistungen entsprechende Vergütung.

§ 7

(1) Das Vertragsverhältnis endet mit Ablauf der praktischen Vorbereitungszeit. Es kann vorzeitig durch schriftliche Erklärung des einen oder des anderen Partners aus wichtigem Grund gelöst werden.

(2) Für das Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau liegt ein wichtiger Grund zum vorzeitigen Rücktritt vom Vertrag insbesondere dann vor, wenn der Absolvent trotz wiederholter Ermahnung den ihm nach § 5 obliegenden Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

§ 8

Dieser Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung durch beide Partner in Kraft.

.....
(Ort und Datum)

.....
(Ort und Datum)

Für das Ministerium

Name des Absolventen

Hauptverwaltungsleiter

V. Sonstiges

8. Broschüre „Dokumente des Maschinenbaues“
Anfang Juni 1955 kommt unter dem Titel „Dokumente des Maschinenbaues“ eine Broschüre des bisherigen Ministeriums für Maschinenbau heraus, die eine Sammlung wichtiger Direktiven und Anordnungen enthält. Diese Direktiven und Anordnungen, ursprünglich nur für den internen Gebrauch unserer Betriebe bestimmt, sind über diesen Rahmen hinaus aber auch für weitere Kreise von Interesse und sollen daher der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Aber auch von Kollegen in unseren Betrieben wird diese Dokumentensammlung — die nach Bedarf fortgesetzt werden soll — Anregungen und Hinweise für die Verbesserung ihrer Arbeit geben. Darüber hinaus soll sie für die Kollegen Veranlassung sein, sich noch dringender mit den betreffenden Problemen zu beschäftigen und sie dadurch in die Lage versetzen, durch eigene Arbeiten und Vorschläge ihrerseits zum Aufbau des Sozialismus in unserem Arbeiter- und Bauernstaat beizutragen.

Die Betriebe und DHZ sowie die angeschlossenen Hoch- und Fachschulen des Maschinenbaues erhalten je ein bis fünf Exemplare zugewiesen. Diese Exemplare sollen nicht an einzelne Kollegen gegeben werden, sondern sind zweckmäßigerweise in die Betriebsbibliotheken

aufzunehmen, damit sie jedem Kollegen für praktische und wissenschaftliche Arbeiten zur Verfügung stehen. Die zugewiesenen Exemplare sind Pflichtexemplare, ihre Abnahme ist daher verbindlich. Die Bezahlung hat nach Erhalt der Rechnung innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu erfolgen.

9. Mitteilung der Hauptverwaltung Eisen-, Blech- und Metallwaren

Die Metallwerke Zöblitz AG in Verwaltung der HV EBM verfügen über freie Kapazität in Spezialventilen NW 12, NW 25 und NW 40 sowie Rückschlagventilen komplett mit Ermeto-Anschlüssen. Bedarfsträger wollen sich mit dem Werk unmittelbar in Verbindung setzen.

10. Druckfehlerberichtigung

In Verfügungen und Mitteilungen Nr. 2 vom 20. Mai 1955 muß es unter II, 2 — Seite 4 — (Gesamtübersicht der Berichterstattungen im Bereich des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau) richtig heißen:
„b) Eigene fachliche Berichterstattungen des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau.“

Wunderlich,
Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau

SECRET

25X1